Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/3706

30. 05. 75

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 4. Juni 1975
am Donnerstag, dem 5. Juni 1975

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	16
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	17, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	9, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	10, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	11, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	14, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	2, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	16

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

1. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Förderung privater Reisen zu Tagesaufenthalten in die DDR Informationsschriften herzustellen und zu verteilen, die enthalten: Angaben über touristisch interessante Besuchsorte im zonengrenznahen Bereich der DDR, Angaben über Gaststätten und Tankstellen im zonengrenznahen Bereich der DDR, Angaben über Baudenkmäler, Museen und andere touristische Anziehungspunkte im zonengrenznahen Bereich der DDR, Landkarten, aus denen hervorgeht, welche Straßen und Eisenbahnstrecken zu dem Bereich der DDR gehören, der für die Tagesaufenthalte zugelassen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Treffen Zeitungsmeldungen zu, nach denen die Bundesregierung drastische Kürzungen der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und dem Graduiertenförderungsgesetz für Schüler und Studenten beabsichtigt?

3. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

In welchem Umfang und ab welchem Zeitpunkt sind derartige Kürzungen geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

War der Bundesregierung bei der Beantwortung der schriftlichen Frage des Abgeordneten Dr. Jenninger (Drucksache 7/3135, Frage B 5) durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Schmude bekannt, daß im Angestelltenbereich für die in Betracht kommenden Altersgruppen ab dem 18. Lebensjahr in den Vergütungsgruppen V c bis X BAT Dienstzeitzulagen bereits eingeführt sind, für ein auf das 18. Lebensjahr herabgesetztes BDA-Mindestlebensalter in der Mehrzahl nur Beamte der Betriebsverwaltungen in Frage kommen würden und es ab dem gehobenen Dienst Beamte unter dem 21. Lebensjahr kaum gibt?

5. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)
Ist die Bundesregierung bereit, ihre Antwort auf den sachlichen Gehalt zu überprüfen?

6. Abgeordneter **von Bockelberg** (CDU/CSU)
Wie beurteilt die Bundesregierung die in einem Leserbrief der FAZ vom 1. April 1975 geäußerte Ansicht, Flugzeugentführungen könnten künftig dadurch vermieden werden, daß sich alle Migliedstaaten den UN gegenüber verpflichteten, Flugzeugentführer unverzüglich auszuliefern und den Flugverkehr mit solchen Ländern einzustellen, die eine diesbezügliche Erklärung unterließen?

7. Abgeordneter **von Bockelberg** (CDU/CSU)
Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, einen solchen Vorschlag zu unterbreiten oder welche anderen Maßnahmen will sie ergreifen, um die Gefahr von Flugzeugentführungen zu verringern?

8. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)
Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die Philharmonia Hungarica in ihrem ursprünglichen Charakter erhalten bleibt, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dieses Orchester wegen seiner kulturellen Bedeutung eine Förderung verdient, die ihm eine Chance bietet, die mit der anderer führender Orchester vergleichbar ist?

9. Abgeordneter **Löffler** (SPD)
Welche Voraussetzungen gedenkt die Bundesregierung zu schaffen, um in Zeiten des erhöhten Verkehrsaufkommens, z. B. während der Feiertage, im Transitverkehr von und nach Berlin die notwendigen Kontrollen so zügig durchzuführen, daß kein Verkehrsstau entsteht?

10. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)
Hat die Bundesregierung zusammen mit den drei Alliierten und dem Berliner Senat Vorsorge dafür getroffen, daß eine Einreise jener Personen, die nach der gewaltsamen Entführung von Peter Lorenz freigelassen und ausgeflogen wurden, über Ost-Berlin ins Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin verhindert würde?

11. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)
Trifft es zu, daß Bundesminister Bahr auf der letzten Sitzung des Rundfunkrats des Deutschlandfunks erklärt hat, die Deutsche Welle befinde sich in einer „härteren Regierungsbindung" als der Deutschlandfunk und sei — im Gegensatz zum Deutschlandfunk, der ein unabhängiger Sender sei — ein „regierungsoffiziöser Sender"?

12. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)
Teilt die Bundesregierung diese Ansicht von Bundesminister Bahr, und, wenn nein, in welcher Form hat sie ihre abweichende Meinung gegenüber Bundesminister Bahr zum Ausdruck gebracht?

13. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wann ist mit der Veröffentlichung der Dokumentation über die Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkrieges zu rechnen, nachdem die Reihe inzwischen abgeschlossen vorliegt, und was hat bis jetzt dafür gesprochen, die Dokumentation der Öffentlichkeit vorzuenthalten?

14. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Welche Bestimmungen regeln zurzeit die Möglichkeit einer Verbindung von Auslandsdienstreisen mit Urlaubsreisen für die Mitglieder der Bundesregierung?

15. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wie ist im Vergleich zu den im „Spiegel" vom 26. Mai 1975 aufgestellten Behauptungen über solche Auslandsdienstreisen in letzter Zeit die Praxis in der Amtszeit früherer Bundesregierungen zu beurteilen?

16. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Teilt die gesamte Bundesregierung die Auffassung, die DKP verfolge keine verfassungsfeindlichen Ziele, wie dies vom Vorsitzenden des SPD-Bezirkes Hessen-Süd und des Frankfurter Oberbürgermeisters Rudi Arndt geäußert wurde?

17. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Welche gesicherten Erkenntnisse haben dazu geführt, daß innerhalb weniger Tage Bundesjustizminister Dr. Vogel die Zahl gefährlicher Terroristen mit 50, Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer dagegen mit nicht ganz 30 beziffert haben, und muß nicht bereits aus der Schaffung einer neuen Abteilung Terrorismus im Bundeskriminalamt darauf geschlossen werden, daß die Bundesregierung in Wirklichkeit von einer bedeutend höheren Zahl gefährlicher Terroristen ausgeht?

18. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche zur Förderung des Sportstättenbaus im Zonenrandgebiet vorgesehenen Haushaltsmittel des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen sind für das Jahr 1975 bisher vom Bundesinnenministerium sowohl in einzelnen Beträgen wie im prozentualen Anteil den jeweiligen Zonenrandländern zur Verplanung mitgeteilt worden, und wie beurteilt der Bundesinnenminister die bisherigen Presseveröffentlichungen zu dieser Frage in der Kulmbacher Presse?

19. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Kann, um gegen überhöhte Mieten leichter angehen zu können, bei der Erteilung bzw. der Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen von Ausländern verlangt werden, daß im Hinblick auf den Nachweis einer Wohnung auch eine Bescheinigung über die Größe und Qualität der Wohnung bzw. über die Höhe der Miete beigefügt wird?

20. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wird die nach § 15 Abs. 2 Abfallbeseitigungsgesetz zu erlassende Verordnung das Ausbringen von Gülle, Jauche und Stallmist auch für die Fälle regeln, in denen das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung nicht überschritten wird, oder bleibt den nach Landesrecht zuständigen Behörden der Gefahrenabwehr die Möglichkeit, wie bisher durch Verordnung diese Fälle zu erfassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

21. Abgeordneter **Reiser** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das vom Bundestag inzwischen verabschiedete Zeugnisverweigerungsrecht auch für solche freien Journalisten gilt, die ihre Arbeiten Presseorganen, Rundfunk und Fernsehen anbieten, oder (gegebenenfalls) warum ist sie nicht dieser Auffassung?

22. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Befürchtet der Bundesminister der Justiz bei den Bonner Journalisten völlig unbekannt zu sein, oder was veranlaßt ihn sonst, neuerdings die Pressemitteilungen seines Ministeriums mit seinem Portraitfoto zu versehen?

23. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** (SPD)

Hält die Bundesregierung das geltende Vereinsrecht für ausreichend, um Vereine, die über eine tatsächliche oder rechtliche Monopolstellung verfügen, dazu anzuhalten, den aus ihrer Position resultierenden besonderen Verpflichtungen nachzukommen?

24. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** (SPD)

Hält die Bundesregierung bei Vereinigungen, die über eine tatsächliche oder rechtliche Monopolstellung verfügen (BGH in NJW 1969, S. 316 und NJW 1975, S. 771), eine besondere öffentliche Aufsicht für zulässig oder geboten?

25. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des § 218 StGB in die parlamentarischen Beratungen einbringen, und wann kann nach Auffassung der Bundesregierung die Änderung des § 218 StGB frühestens in Kraft treten?

26. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die immer noch vorhandene Unklarheit beseitigen und den bisherigen und gegenwärtigen Aufenthaltsort jener Personen, die nach der gewaltsamen Entführung von Peter Lorenz freigelassen und ausgeflogen wurden, einwandfrei angeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Mit welchen Fakten kann der Bundesfinanzminister seine Aussage, daß die Zinsen höher als der Kaufkraftschwund seien, hinsichtlich der normalen Sparguthaben belegen?

28. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung im Jahr 1974 die Zinsverluste der Sparer durch den Kaufkraftverlust im allgemeinen und den Substanzverlust im besonderen, und hält sie die entstandenen Substanzverluste der Sparer für sozial vertretbar?

29. Abgeordneter **Möller (Lübeck)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Bundesfinanzminister Dr. Apel, wie der „Kölner Stadtanzeiger" in seiner Ausgabe vom 8./9. Mai 1975 berichtet, nach Japan mit „sichtbaren Kenntnislücken" angereist und ihm z. B. der Name des führenden Wirtschaftspolitikers seines Gastlandes nicht geläufig war?

30. Abgeordneter **Möller (Lübeck)** (CDU/CSU)

Wie hoch waren die Kosten der Fernostreise des Bundesministers der Finanzen (einschl. sämtlicher Begleitpersonen) für den Steuerzahler, und zu Lasten welcher Titel des Bundeshaushaltsplanes sind welche Beträge für welche Teilnehmer (evtl. Teilnehmergruppen) gezahlt worden bzw. noch zu bezahlen?

31. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, die für den 10. und 11. Juni 1975 geplante Sitzung des „Arbeitskreises Steuerschätzungen" zu verschieben, und welche Auswirkung hat diese Verschiebung auf die zeitliche Vorlage des Bundeshaushaltplanes 1976?

32. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung einen Nachtragshaushalt für den Etat 1975 vorzulegen?

33. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Behauptung, das Gesetz zur Sicherung der betrieblichen Altersversorgung habe allein in diesem Jahr Steuermindereinnahmen in Höhe von 4 Milliarden DM zur Folge?

34. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Steuermindereinnahmen an Einkommen- und Körperschaftsteuer auf Grund des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung ein Vielfaches der im Gesetzentwurf (Drucksache 7/1281) und im Finanzausschuß-Bericht (Drucksache 7/2843) angegebenen Steuerausfälle von rd. 500 Millionen DM betragen?

35. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen ist das Parlament über das bestehende Ausfallrisiko in Höhe von mehreren Milliarden DM nicht unterrichtet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Ergebnisse bzw. Fortschritte hat der Besuch des Bundesministers für Wirtschaft mittelbar für die Direktflüge zwischen Berlin und bulgarischen Zielorten, sowie für die Überflugrechte in Berlin gestarterter Maschinen gebracht, und wie rechtfertigt die Bundesregierung ihre während des Besuchs eingenommene Haltung für den Fall, daß auf diesem Gebiet keine Verbesserungen zu verzeichnen sind?

37. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die nach § 54 des Schwerbeschädigtengesetzes vorgesehenen Richtlinien inzwischen erlassen?

38. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

In welchem Umfang konnte die öffentliche Hand auf Grund dieser Richtlinie den Schwerbehindertenwerkstätten Aufträge erteilen?

39. Abgeordneter **Wurbs** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, Vorschläge der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu akzeptieren, durch die die Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge innerhalb der Gemeinschaft so geändert werden, daß kleine und mittlere Unternehmen an öffentlichen Aufträgen im Interesse einer Förderung des Wettbewerbs angemessen partizipieren?

40. Abgeordneter **Wurbs** (FDP)

Wird die Bundesregierung die Kommission der Europäischen Gemeinschaften ersuchen, ihre mittelstandspolitischen Arbeiten zu intensivieren?

41. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Wann wird der Sachverständigenrat in Anbetracht der zunehmenden strukturellen Schwierigkeiten und dem sich anbahnenden hohen Sockel strukturell und konjunkturell bedingter Arbeitslosigkeit gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabiliät und des Wachstums der Wirtschaft ein zusätzliches Gutachten erstellen, insbesondere da auf diesen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Abs. 2 des Gesetzes genannten Ziele zunehmend gefährden?

42. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, nach den neuerlichen Benzinpreiserhöhungen mit gezielter und massiver Öffentlichkeitsarbeit durch die betroffenen Ressorts aus vorhandenen Mitteln auf wirksame Einsparungsmöglichkeiten von Benzin und sonstigen Kraftstoffen hinzuweisen, um so einen gewissen Druck auf die Preisgestaltung der Mineralölkonzerne auszuüben?

43. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Aus welchem Grunde hat der Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur den vom Wirtschaftsausschuß des Bundestages gewünschten ausdrücklichen Hinweis auf eine notwendige Abstimmung der Strukturmaßnahmen mit dem Bundesraumordnungsprogramm nicht in den Vierten Rahmenplan aufgenommen, und was haben die beiden im Planungsausschuß vertretenen Bundesressorts unternommen, diesem Anliegen des Wirtschaftsausschusses Geltung zu verschaffen?

44. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

In welcher Weise wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur besser als in der Vergangenheit mit den übrigen Fachplanungen koordiniert und auf der Grundlage der Programme von Raumordnung und Landesplanung durchgeführt werden?

45. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Ist es richtig, daß der durch Fusion von Veba und Gelsenberg entstandene nationale Ölkonzern auf Grund unterschiedlicher Wettbewerbsvoraussetzungen mit den multinationalen Gesellschaften in erhebliche Schwierigkeiten geraten ist und im Raum Ingolstadt die Schließung einer Raffinerie oder die Reduzierung seiner Arbeitskräfte beabsichtigt?

46. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dem nationalen Ölkonzern, der in ihrem Energiekonzept eine wichtige Rolle spielt, gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen zu schaffen und zu verhindern, daß im Gefolge dieser Wettbewerbsverzerrung die bereits jetzt unerträgliche hohe Zahl von Arbeitslosen im Raum Ingolstadt weiter ansteigt?

47. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oetting** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung, daß ausgerechnet die zu mehr als 50% in Bundesbesitz befindliche Firma Aral die Welle der Benzinpreissteigerungen zwischen dem 20. und 24. Mai 1975 ausgelöst hat?

48. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oetting** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung, die Firma Aral zukünftig aus den wettbewerbswidrigen Kartellabsprachen der Mineralölkonzerne in der Bundesrepublik Deutschland zu lösen und diese generell zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

49. Abgeordneter **Gallus** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einzelnen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland, wie z. B. in Baden-Württemberg, die Tollwut in auffallendem Maße wieder zunimmt, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um eine wirksame Bekämpfung der Tollwut bei Füchsen zu gewährleisten?

50. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung — erforderlichenfalls unter Heranziehung von Auskünften der Dienststellen der EG-Kommission — angeben, welche Mengen an Rindfleisch in den Jahren 1973, 1974 und 1975 aus EG-Beständen jeglicher Art zu welchem Preis an Ostblockstaaten oder an andere Drittländer geliefert worden sind?

51. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Wie hoch stellten sich in den Jahren 1973, 1974 und 1975 für Verbraucher in den Mitgliedstaaten der EG die Preise für Rindfleisch der verschiedenen Arten, und wie sind die Preise der nach Auskunft der Bundesregierung „preiswert im Inland an Handel und Gewerbe abgegebenen 50 000 t Rindfleisch" gewesen (Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 172. Sitzung, Seite 12 065)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

52. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von den eingereichten Anträgen auf Förderung von Baumaßnahmen mit Arbeitsbeschaffungsmitteln in manchen Bereichen bisher nur 10% bewilligt wurden, wie konnte eine solche Situation entstehen und wie gedenkt die Bundesregierung, mit den restlichen Anträgen zu verfahren?

53. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Hat ein Landwirt, wenn er vor Ablauf einer beitragspflichtigen Unternehmertätigkeit von 60 Kalendermonaten das Unternehmen abgibt und später wieder übernimmt, einen Anspruch auf Atlersgeld, wenn er 65 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist und insgesamt gesehen eine Beitragszahlung von 180 Kalendermonaten bzw. 60 Kalendermonaten nachweisen kann?

54. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung keine Mittel mehr für die Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit für solche Projekte zur Verfügung stellt, für die zwar Anträge bei den Arbeitsämtern eingegangen sind, mit deren Bau aber noch nicht begonnen wurde?

55. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung den Gemeinden aus ihrer schwierigen Situation helfen, die infolge der gezielten bundesamtlichen Werbung und offiziellen in Aussichtstellung von Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (ABM-Mittel) durch die Arbeitsverwaltung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchführten, finanzielle Verpflichtungen deswegen eingingen und nunmehr durch den von der Bundesregierung nach dem 4. Mai 1975 verfügten Stopp der ABM-Mittel diese versprochenen Mittel nicht mehr erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

56. **Abgeordneter Reiser** (SPD)

War die Bundesregierung von der Teilnahme des Inspekteurs des Heeres, Generalleutnant Horst Hildebrandt, an der „Siegesparade" des Franco-Staates zum 36. Jahrestag der Zerschlagung der demokratisch gewählten spanischen Republik in Madrid unterrichtet, und (gegebenenfalls) was hat sie zu dieser Zustimmung bewogen?

57. **Abgeordneter Dr. Schwencke** (SPD)

Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, den Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hildebrandt, zur Teilnahme an der Militärparade des Franco-Regimes am 25. Mai 1975 zu entsenden?

58. **Abgeordneter Schinzel** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in der Teilnahme des Inspekteurs des Heeres, Generalleutnant Horst Hildebrandt, an der Militärparade der faschistischen spanischen Diktatur zur Feier des Sieges über die demokratische und freie Republik Spanien eine Belastung für die Glaubwürdigkeit der Außenpolitik der Bundesregierung?

59. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in der Spanienreise und in der Teilnahme des Generalleutnants Horst Hildebrandt an der Militärparade zum Sieg über die spanische Republik eine Belastung für das öffentliche Ansehen und das demokratische Selbstversändnis der Bundeswehr?

60. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Hat der Bundesminister der Verteidigung sich des DGB-Vorsitzenden Vetter bedient, um sein Mißfallen über das Verhalten des Inspekteurs des Heeres öffentlich zu äußern, und hält die Bundesregierung dies bejahendenfalls für einen angemessenen Führungsstil?

61. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Hat Bundesverteidigungsminister Leber dem Inspekteur des Heeres vor dieser Rüge Gelegenheit gegeben, sich zu äußern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

62. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Welche Konzeption vertritt die Bundesregierung bei bilateralen bzw. multilateralen Absprachen über Jugendaustausch und jugendpolitische Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Hinblick auf ein geeintes Europa?

63. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Wie verteilen sich die in der Antwort zur Frage Nr. 40 in der Fragestunde am 16. Januar 1975 genannten 3 820 000 DM — Haushaltsjahr 1975, Bundesjugendplan (Kapitel 15 02 Titel 684 11), Position „B Internationale Jugendarbeit" —, die „zur unmittelbaren Förderung im Rahmen überwiegend bilateraler und auch multilateraler Vereinbarungen von Intensiv-Jugendprogrammen" dienen sollen?

64. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine Erweiterung des Bundeskindergeldgesetzes für gerechtfertigt, die vorsieht, daß Kinder im Sinne des Gesetzes für einen befristeten Zeitraum auch diejenigen sind, die wegen der Geburt eines Kindes ihre Ausbildung unterbrechen müssen, bzw. Kinder in Ausbildung über das 27. Lebensjahr dann zu berücksichtigen sind, wenn sie bis zu zwei Jahren ihre Ausbildung wegen der Geburt eines Kindes unterbrechen mußten?

65. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang die Jugendämter von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch machen, auf Antrag von Vätern das Kindergeld zu halbieren und die auf einen unterhaltspflichtigen Vater entfallende Hälfte von dessen Unterhaltszahlungen abzuziehen, und ist ihr ferner bekannt, in welcher wirtschaftlichen Lage sich die betroffenen Mütter befinden?

66. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß beim Kindergeld besondere Zuschläge für Familien mit Mehrlingsgeburten angebracht sind?

67. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wird die Tatsache, daß das Deutsche Kolping Werk beschlossen hat, Mitgliedschaft bei den Jusos und beim Kolping Werk seien unvereinbar, in irgendeiner Hinsicht von Einfluß auf die Bezuschussung des Kolping Werkes mit staatlichen Mitteln sein?

68. Abgeordnete **Frau Stommel** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung eigene Vorstellungen über die Ausbildung der Familienpflegerinnen und Dorfhelferinnen, und ist der Bundesregierung das Konzept des Deutschen Caritasverbandes dazu bekannt?

69. Abgeordnete **Frau Stommel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Beruf der Familienpflegerin und Dorfhelferin z. B. analog der Krankenschwester gesetzlich anzuerkennen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

70. Abgeordneter **Dr. Kempfler** (CDU/CSU)

Wieviel Kilometer Wildschutzzäune (ungefähre Zahl) wurden bisher an den Bundesfernstraßen errichtet, und wie groß ist der Anteil der Elektroschutzzäune?

71. Abgeordneter **Dr. Kempfler** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen wurden mit dieser Einrichtung, insbesondere mit den elektrischen Zäunen, gemacht?

72. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welches waren die Ursachen für den Beinah-Zusammenstoß am 20. Mai 1975, gegen 11 Uhr, zwischen einer landenden Boeing 737 der Lufthansa und einer „Phantom" der Bundeswehr südwestlich des Verkehrsflughafens Düsseldorf-Lohausen?

73. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Auf welche Weise wird die Bundesregierung solche gefährlichen Begegnungen in Zukunft verhindern?

74. Abgeordneter **Dr. Wagner (Trier)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu (Der Spiegel vom 5. Mai 1975), nach denen die geplanten Einsparungen bei den Haushaltsmitteln für Verkehrsinvestitionen auch Autobahnverbindungen im Bezirk Trier betreffen?

75. Abgeordneter **Dr. Wagner (Trier)** (CDU/CSU)

Ist damit zu rechnen, daß — nachdem es die in der erwähnten Pressemeldung angeführte Autobahn von Luxemburg in das Rhein-Main-Gebiet nicht gibt — von den Einsparungsmaßnahmen die Autobahn Luxemburg—Schweich oder die Autobahn Antwerpen — Lüttich — Frankfurt betroffen sein könnte?

76. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28. Mai 1975 zu, von der Kommission zur Markierung der Zonengrenze sei der Entwurf eines Vertrages ausgearbeitet worden, der Ost-Berlin auf der Elbe in dem zum Bundesgebiet gehörendem Bereich schifffahrts- und wasserschutzpolizeiliche und damit hoheitsrechtliche Befugnis einräumt, und welche Folgen hätte ein Vertrag derartigen Inhalts?

77. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche KFZ-Mineralöl-Mehrwert- und Beförderungsteuern belasten den deutschen, holländischen und dänischen Fernlastwagen von 32 t Nutzlast, und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um eventuelle Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auf dem Fernverkehrssektor abzuwenden?

78. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

In welcher Weise hat die Bundesregierung die Entwicklung der neuen Verkehrspläne der Deutschen Bundesbahn im ländlichen Raum (z. B. in Schleswig-Holstein — Einsparung von 150 Zügen, Streckenstillegungen und Aufgabe von Stückgutbahnhöfen —) mit der Wirtschaft beraten, und wie gedenkt sie, wirtschaftliche Schäden für die Bevölkerung im ländlichen Raum zu vermeiden?

79. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen (FAZ vom 28. Mai 1975) zu, wonach der niedersächsischen Landesregierung ein in der Grenzkommission erarbeiteter Vertragsentwurf vorliegt, nach dem künftig der DDR schiffahrts- und wasserschutzpolizeiliche Hoheitsbefugnisse auf der gesamten Breite der Elbe zwischen Lauenburg und Schnackenburg eingeräumt werden sollen, und ist dieser Vertragsentwurf im Einverständnis mit der Bundesregierung erarbeitet worden?

80. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie würde sich ein derartiger Vertrag auf die Lage von Flüchtlingen aus der DDR auswirken, die in diesem Abschnitt der Elbe schwimmend in die Bundesrepublik Deutschland gelangen, und auf welcher Rechtsgrundlage könnte ein derartiger Vertrag mit der DDR überhaupt geschlossen werden?

81. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Besteht eine Möglichkeit, seitens der Bundesregierung die deutsche Linienschiffahrt wettbewerbsfähiger zu machen, im Hinblick auf Ratenunterbietungen durch Handelsflotten aus Drittländern, insbesondere aus Staatshandelsländern?

82. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Welche Absichten bestehen bei der Deutschen Bundesbahn, die Ein- und Aussteigemöglichkeiten — die besonders für ältere Mitbürger und Behinderte beschwerlich sind — zu verbessern?

83. Abgeordnete **Frau Dr. Orth** (SPD)

Kann die Bundesregierung Angaben über die Zahl der Verkehrsunfälle insgesamt, die Zahl der Verletzten und die der Toten bei Unfällen auf Autobahnen in den Ländern machen, in denen seit Jahren eine strenge Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen eingeführt ist?

84. Abgeordnete **Frau Dr. Orth** (SPD)

Wenn diese Zahlen einen deutlichen Rückgang der Unfallzahlen der Toten und Verletzten aufweisen, wird die Bundesregierung daraus Konsequenzen ziehen?

85. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen über einen Referentenbeschluß, der die Umwandlung der OPD Braunschweig in einen Filialbetrieb der OPD Hannover vorsieht, und wenn ja, um welche Organisationsform handelt es sich?

86. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit zu bestätigen, daß der Rationalisierungseffekt der Auflösung der OPD Braunschweig in keinem Verhältnis zu den negativen Folgen für den Wirtschaftsraum Braunschweig steht?

87. **Abgeordneter Dr. Schmitt-Vockenhausen (SPD)**

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß in den Fällen, in denen im Rahmen der Gebietsreform im Land Hessen schon jetzt feststeht, wie ab 1. Januar 1977 die neuen Großgemeinden zusammengesetzt sein werden, die Anpassung der postalischen Ortsbezeichnungen sowie Fernsprechnetze so vorbereitet wird, daß sie in angemessener Zeit vor dem gesetzlichen Termin für den Zusammenschluß der Bevölkerung mitgeteilt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

88. Abgeordnete **Frau Funcke (FDP)**

Hält die Bundesregierung die nachrangige Berücksichtigung alleinstehender Bundesbediensteter unter 35 Jahren bei der Bewilligung von Mitteln im Rahmen der Familienheimförderung des Bundes für sachgerecht angesichts der Tatsache, daß eine eigene Wohnung für jeden Menschen zum Grundbedarf des Lebens gehört?

89. Abgeordnete **Frau Funcke (FDP)**

Ist die Bundesregierung bereit, die Altersgrenze herabzusetzen oder abzuschaffen?

90. **Abgeordneter Höcherl (CDU/CSU)**

Hat die Bundesregierung mit ihrer Wohnungsbaupolitik für Sozialwohnungen beabsichtigt, daß die Mieten in diesem Bereich stärker ansteigen als beim frei finanzierten Wohnungsbau, und wundert sich die Bundesregierung darüber, daß die Bauaktivitäten im privaten Bereich zurückgehen?

91. Abgeordneter **Dr. Schneider (CDU/CSU)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der kommunalen Wohnungsvermittlungsstellen?

92. **Abgeordneter Dr. Schneider (CDU/CSU)**

Wie hoch ist, bezogen auf die Gesamtzahl der privaten Haushalte, der Anteil der nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz förderungsberechtigten Haushalte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

93. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU)**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß die KPD-Kandidatin für die Kommunalwahl am 4. Mai 1975 in Jülich, Frau Angelika Götz, im Institut für nukleare Sicherheitsforschung der Kernforschungsanlage in Jülich beschäftigt ist, und daß sie — nach Presseberichten — von dieser Stelle aus massive kommunistische Propaganda unter anderem auch gegen den Bau von Kernkraftwerken betreibt?

94. **Abgeordneter Dr. Holtz (SPD)**

Wie steht die Bundesregierung zu dem Angebot der Republik Südafrika, Uran aus Namibia zu liefern, wie in der Süddeutschen Zeitung vom 22. April 1975 berichtet?

95. Abgeordneter **Dr. Holtz (SPD)**

Würde die Bundesregierung die Resolution der VN zum Verbot der Einfuhr von in Namibia abgebauten Rohstoffen „sachfremde politische Erwägungen" nennen?

96. Abgeordneter **Pfeffermann (CDU/CSU)**

Was waren die Gründe für die Vergabe von Forschungszuwendungen an die Firma Osram in Höhe von ca. 1,6 Millionen DM für Forschungsprojekte zur Entwicklung energiesparender Lampen, und in welchem Umfange wurde berücksichtigt, ob andere deutsche und internationale Firmen diese Lampen schon entwickelt haben?

97. **Abgeordneter Pfeffermann (CDU/CSU)**

Auf Grund welcher industriepolitischer Überlegungen wurde vor allem die Zuwendung an die Firma Osram erteilt, die mehrheitlich in amerikanischem Besitz ist, und wie beurteilt dies die Bundesregierung im Zusammenhang mit der allgemeinen Problematik der Zuwendungen von staatlichen Forschungsgeldern an nichtdeutsche und nichteuropäische Firmen?

98. **Abgeordneter Lenzer (CDU/CSU)**

Welche Mittel wurden von seiten des Forschungsministeriums für den Ankauf der Illustrierten „V - illustrierte Forschung für morgen", herausgegeben vom Neuen Vorwärts-Verlag Nau & Co., aufgewendet, und aus welchen Haushaltsmitteln stammen diese Mittel?

99. Abgeordneter **Lenzer (CDU/CSU)**

In welchem Umfange hat das Ministerium direkt oder indirekt — sei es telefonisch oder schriftlich — darauf hingewirkt, daß Firmen in der erwähnten Zeitschrift „Forschung für morgen" geworben haben?

100. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen (CDU/CSU)**

Welche Firmen in der Bundesrepublik Deutschland mit maßgeblicher nichtdeutscher Beteiligung (über 50% ausländischer Besitzanteil) haben im Jahr 1971 bis heute Forschungszuwendungen vom Bundesministerium für Forschung und Technologie erhalten, und welche sachlichen und industriepolitischen Überlegungen waren für derartige Zuwendungen maßgebend?

101. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen (CDU/CSU)**

In welchem Umfange haben Firmen in der Bundesrepublik Deutschland mit maßgeblicher ausländischer Beteiligung (über 50%) Forschungs- und Entwicklungslabors in der Bundesrepublik Deutschland, und gibt es Zahlen über die Zahlung von Lizenzen seitens ausländischer Tochterfirmen in der Bundesrepublik Deutschland an ihre ausländischen Muttergesellschaften?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

102. **Abgeordneter Dr. Schwörer (CDU/CSU)**
Treffen Nachrichten zu, wonach die Bundesregierung bereit ist, finanzielle Hilfen an Portugal zu leisten?

103. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)
Ist die Bundesregierung bereit zu versichern, keine finanziellen Unterstützungen an Portugal zu leisten, solange deutsches Eigentum in Portugal beschlagnahmt und deutsche Betriebe zerstört werden?

104. Abgeordneter **Kaffka** (SPD)
Welches Ausmaß hat die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern auf dem Gebiet der Sonnenenergie?

105. **Abgeordneter Kaffka (SPD)**
Haben die Projekte zur Nutzung der Sonnenenergie in Entwicklungsländern auch positive Rückwirkungen auf die Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

106. **Abgeordneter Höcherl (CDU/CSU)**
Hält der Bundeskanzler die vor allem während des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen und im Saarland immer wieder gemachte Ankündigung eines konjunkturellen Aufschwungs im „Frühsommer" dieses Jahres nicht mehr aufrecht, nachdem er am 20. Mai 1975 vor der SPD-Fraktion erklärt hat, „daß Zeitpunkt und Tempo eines möglichen Wiederaufschwungs in der Weltwirtschaft noch nicht eindeutig erkennbar seien"?

107. **Abgeordneter Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)
Welchen Grund hat der Bundeskanzler gesehen, die Sowjetunion bei seinen Ausführungen vor dem Bundeskabinett aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Jahrestages der deutschen Kapitulation ausdrücklich in seinen Dank für die dem deutschen Volk nach 1945 von Nachbarvölkern erwiesene „Hilfe, Versöhnungsbereitschaft, gute Nachbarschaft und Partnerschaft" einzuschließen?

108. Abgeordneter **Möhring** (SPD)
Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die auf der Lüneburger Ausstellung „Vom Berg zum Meer" praktizierte Verteilung von Informationsmaterial der Bundesministerien und des Bundespresseamtes durch staatstragende Parteien zu erheblicher Senkung der sonst notwendigen Versandkosten und damit zu spürbarer Ersparnis von Steuergeldern führen kann?

109. Abgeordneter **Möhring** (SPD)
Kann die Bundesregierung meine Auffassung teilen, daß mehr noch als bisher die staatstragenden Parteien von der Möglichkeit der Verteilung kostenlosen Informationsmaterials der Bundesregierung Gebrauch machen sollten, um den Bürger verstärkt auf seine Rechte und Pflichten hinzuweisen?

110. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)
Besteht nicht ein Widerspruch zwischen dem von der „Süddeutschen Zeitung" am 23. April 1975 veröffentlichten Ausspruch des Staatssekretärs Bölling, man müsse bei der Aussiedlung von „maximalistischen Positionen" wegkommen, und den Ausführungen seines Stellvertreters Dr. Grünewald am 18. Mai 1975, daß dieser Ausspruch, nachdem er von einem Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zitiert worden war, „aus der Luft gegriffen" sei, und wie erklärt sich die Bundesregierung diesen bejahendenfalls?

111. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)
In welchem Umfang und unter welchen Bedingungen werden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung Druckaufträge an Unternehmen im Ausland vergeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

112. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)
Hat die Bundesregierung unmittelbar oder mittelbar auf den Deutschen Badminton-Verband eingewirkt, Spieler aus der Mannschaft für die Vergleichskämpfe mit der chinesischen Nationalmannschaft auszuschließen, oder hat es allgemein gehaltene Äußerungen der Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Badminton-Verband gegeben, es solle alles vermieden werden, was die deutsch-chinesischen Beziehungen stören könnte?

113. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)
Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Anliegen der Hilfsgemeinschaft „Freiheit für Rudolf Hess" bei, der Inhaftierung von Rudolf Hess ein Ende zu setzen?

114. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)
Wie beurteilen die vier Mächte in Berlin das Bemühen der Bundesregierung um eine Freilassung von Rudolf Hess?

115. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)
Wie hat die Bundesregierung die Presseerklärung des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin zurückgewiesen, in der er die Anwesenheit des Bundesministers des Auswärtigen in Berlin zusammen mit dem amerikanischen Außenminister als ernste Verletzung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin bezeichnet hat, und wie beurteilt die Bundesregierung die sich häufenden und steigernden Angriffe der Sowjetunion auf die Bindungen zwischen dem Bund und dem Land Berlin?

116. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die kommunistische Regierung Nordvietnams der Lufthansa Landerechte in Hanoi auch für Transporte von Hilfsgütern des Deutschen Roten Kreuzes verweigert hat, und was für Konsequenzen zieht sie daraus?

117. Abgeordneter **Schluckebier** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in der Ausweisung eines deutschen Staatsbürgers aus einem anderen Staat einen Grund zu politischen oder wirtschaftlichen Sanktionen, auch wenn die Ausweisung als eine den Umständen nicht angemessene Tatsache betrachtet werden kann, wie dies im Falle der Ausweisung eines Lufthansapiloten durch die indischen Behörden geschehen ist?

118. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, wonach die beiden amerikanischen Sender in München, Radio Free Europe und Radio Liberty, eine empfindliche Kürzung der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu erwarten haben, die sie zu drastischen Einschränkungen ihrer Aktivitäten zwingen würde, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, bei der amerikanischen Regierung auf die Notwendigkeit beider Sender hinzuweisen und sie von den beabsichtigten Kürzungen abzuhalten?

119. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)

Will die Bundesregierung die Äußerung des französischen Staatspräsidenten Giscard d' Estaing (Le Monde, 23. Mai 1975, Seite 3), daß Frankreich gegen eine zu große Konzentration von Kernkraftwerken am Rhein hinwirken wird, zum Anlaß nehmen, sich unverzüglich mit Frankreich über Zahl und Standorte von Kernkraftwerken, die am Oberrhein noch errichtet werden können, zu verständigen?

120. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung gegen die krasse Verletzung der Warschauer-Vertragsgrundlagen in Erfüllung ihrer Schutzpflicht zugunsten jener Deutschen bei den polnischen Behörden unternommen, denen nach vielfacher Antragstellung die Ausreisepässe nach der Bundesrepublik Deutschland immer seltener genehmigt und ausgehändigt, aber später wieder polizeilich abgenommen werden und die sogar in steigender Zahl bei der Ausreise, am Bahnhof oder aus dem Reisezug heraus verhaftet, finanziell erpreßt und menschenrechtswidrig behandelt werden?

121. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß — wie der Schriftverkehr mit dem Auswärtigen Amt beweist — fast alle „Interventionsnotizen" der Bundesrepublik Deutschland für Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten, darunter auch Interventionen wegen Versagung des menschrechtlichen Mindeststandards, unbeantwortet bleiben, und welche Folgerungen zieht sie für weitere Verhandlungen aus dieser Behandlung der Bundesrepublik Deutschland im diplomatischen Verkehr?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. **Abgeordneter Seefeld (SPD)**

Entsprechen die in der Zeitung Badische Neueste Nachrichten vom 15. Mai 1975 in dem Artikel „Idi Amin entdeckt das Gute in Hitler" über den deutschen Botschafter in Uganda aufgestellten Behauptungen der Wahrheit, insbesondere, er habe sich „dank ruheloser Anbiederei den Ruf eines Präsidentenberaters erworben" und er rühre „keinen Finger — nicht für Cecil Hill und nicht für die Würde und Reputation des Landes, das er vertritt"?

2. **Abgeordneter Dr. Klein (Stolberg) (CDU/CSU)**

Wie vielen Flüchtlingen aus Südvietnam beabsichtigt die Bundesregierung die Einreise aus Guam und den USA in die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen, und wann wird die Möglichkeit der Einreise bestehen?

3. **Abgeordneter Dr. Klein (Stolberg) (CDU/CSU)**

Wird die Bundesregierung die Reisekosten der Flüchtlinge übernehmen, und in welcher Form wird sie ihnen den Start in der Bundesrepublik Deutschland erleichtern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. **Abgeordneter Dr. Kreutzmann (SPD)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die immer wieder gestörte Wasserversorgung des unteren Edersees, die für den dortigen Fremdenverkehr von lebensentscheidender Bedeutung ist, sicherzustellen?

5. **Abgeordneter Dr. Schmitt-Vockenhausen (SPD)**

Ist die Bundesregierung bereit, eine bundeseinheitliche Ausbildungsordnung für die Angestellten im öffentlichen Dienst zu erlassen?

6. **Abgeordneter Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die DKP habe an ihre Anhänger die Parole ausgegeben, nicht formell Mitglied zu werden, bzw. formell aus der Partei auszutreten, wenn sie Stellen im „bürgerlichen Apparat" zu besetzen suchten, und wie wird die Bundesregierung — bejahendenfalls — die Freihaltung des öffentlichen Dienstes von Verfassungsfeinden gegenüber dieser neuen Variante kommunistischer Täuschung und Infiltration wirksam gewährleisten?

7. **Abgeordneter Gierenstein** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der Welt vom 20. Mai 1975 zu, Bundesminister Bahr habe die Deutsche Welle als regierungsoffiziösen Sender bezeichnet, und welche Folgen hat dies — bejahendenfalls — für die Freiheit der Berichterstattung und Kommentierung?

8. **Abgeordneter Dr. Holtz** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, zukünftig Gesetze (z. B. beim Straßenbau, sozialen Wohnungsbau, Landwirtschaft, Stadtsanierung) auf mögliche negative Folgen für denkmalwürdige Einrichtungen hin zu überprüfen und gegebenenfalls im Sinne des Denkmalschutzes zu ändern?

9. **Abgeordneter Dr. Holtz** (SPD)

Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um einer breiten Öffentlichkeit die Intentionen des europäischen Jahres des Denkmalschutzes — wie z. B. Umweltschutz, Humanisierung des Städtebaus, Bewahrung europäischen Kulturerbes — deutlicher werden zu lassen?

10. **Abgeordnete Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt der Bundesminister des Innern die Tatsache, daß sein Kabinettskollege Hans Matthöfer in der Antwort — vgl. Anlage 5, Stenographischer Bericht der 169. Sitzung vom 14. Mai 1975, S. 11 846 — auf meine Frage, warum für die Stelle eines Leiters des Projektträgers für den vom Bundesministerium für Forschung und Technologie durchzuführenden Teil des Forschungsprogramms „Humanisierung des Arbeitslebens" keine Ausschreibung erfolgt ist, eine solche Ausschreibung „als Farce" bezeichnet?

11. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Was gedenkt der für beamten- und besoldungsrechtliche Fragen zuständige Bundesminister des Innern zu unternehmen, um in Zukunft sicherzustellen, daß sich auch der Bundesminister für Forschung und Technologie an das bei der Besetzung solcher Positionen vorgesehene Verfahren der Stellenausschreibung hält?

12. **Abgeordneter Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die neuerdings von einem Bundesvorstandsmitglied einer demokratischen Partei vertretene Auffassung, das Programm der DKP verstoße weder gegen das Grundgesetz noch gegen die hessische Verfassung und die „Diktatur des Proletariats" sei heute lediglich als Machtausübung durch parlamentarische Mehrheit zu verstehen, oder steht sie weiterhin zu ihrer wiederholten Feststellung, die DKP verfolge nach Programm und Praxis verfassungsfeindliche Ziele?

13. Abgeordneter **Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung zwischen den Parteiprogrammen der maoistisch orientierten kommunistischen Gruppen einerseits und dem der moskau-orientierten DKP-Kommunisten andererseits Unterschiede solcher Art, daß sie deshalb zu verschiedenen Urteilen über die verfassungsfeindliche Zielsetzung kommt?

14. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche zur Förderung des Sportstättenbaus im Zonenrandgebiet vorgesehenen Haushaltsmittel des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen werden vom Bundesinnenministerium in einzelnen Beträgen wie im prozentualen Anteil den jeweiligen Zonenrandländern zur Verplanung für das Jahr 1975 noch zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

15. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Mai 1975 zu, die Ergebnisse von Forschungen der Bundesregierung nach Mißständen im Stiftungswesen wären „fast gleich Null" gewesen, und wird die Bundesregierung — bejahendenfalls — gleichwohl an ihren Reformprojekten und -überlegungen festhalten?

16. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welchen Inhalt hat die Stellungnahme des Bundesjustizministeriums gegenüber dem Bundesrechnungshof hinsichtlich der Tatsache, daß der Bundesjustizminister eine größere Portion Leberkäse zur Bewirtung von Journalisten mit dem Dienstwagen aus dem 35 km von Bonn entfernten Euskirchen hat holen lassen?

17. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Zweifelt die Bundesregierung an der Wirschaftlichkeit dieses Verfahrens?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

18. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Treffen Behauptungen zu, die Bundesregierung erwäge die Einbringung eines Gesetzentwurfs, auf Grund dessen im Bundesgebiet erdölfördernde Unternehmen einer Sondersteuer bzw. -abgabe unterliegen würden, und wie rechtfertigt — bejahendenfalls — die Bundesregierung dies unter verfassungsrechtlichen, ordnungspolitischen und wettbewerbspolitischen Gesichspunkten, insbesondere im Hinblick auf die Position derjenigen Unternehmen, an denen der Bund selbst beteiligt ist?

19. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutschen Arbeitnehmer bei der US-Army in letzter Zeit durch die Einstellung der Zahlung von Fahrgeld ab 1. April 1975 und die teilweise Entziehung der außertariflichen Zulage (OTS) rückwirkend zum 1. Januar 1975 finanzielle

Einbußen hinnehmen mußten, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung treffen, um eine zunehmende Benachteiligung der deutschen Arbeitnehmer bei der US-Army gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu verhindern?

20. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist es richtig, daß die Einheitswertfeststellung der Finanzämter für gewerbliche Grundstücke wegen der Umstellung auf EDV sich erheblich verzögert, da manuelle Bescheide nicht mehr erteilt werden und die entsprechenden EDV-Programme noch nicht erstellt worden sind, und ergibt sich nicht dadurch zum Teil sogar die Gefahr der Verjährung von Grundsteuerforderungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein maßgeblicher Beamter des Bundeswirtschaftsministeriums bei einem Regio-Gespräch in Basel die Auffassung vertreten hat, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen und Ansiedlungsbemühungen im Hochrheingebiet überflüssig seien, weil auf schweizer Seite genügend qualifizierte Arbeitsplätze vorhanden seien?

22. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung dies mit ihren strukturpolitischen Vorstellungen hinsichtlich benachteiligter Gebiete, und welche konkreten Vorstellungen bestehen für die Entwicklung des Hochrheingebiets?

23. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß selbst in einer strukturell gesunden Region wie den Kreisen Reutlingen und Tübingen im April die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem März erneut und die Zahl der Kurzarbeiter sogar um 24,4% angestiegen ist, und ist die Bundesregierung bereit, jetzt endlich auch für diese Region ausreichende Mittel aus dem Sonderprogramm von Bund und Ländern zur Abstützung der regionalen und lokalen Beschäftigung bereitzustellen?

24. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ein Gesetz für eine ausreichende Lagerstatistik vorzulegen?

25. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Nachdem der Bundesregierung bekannt ist, daß die französische Regierung 1,5 Milliarden Franc und die britische Regierung 200 Millionen Pfund zur Stützung ihrer Automobilindustrie zur Verfügung gestellt haben, frage ich die Bundesregierung, ob sie bereit ist, für die

durch die Rationalisierungsmaßnahmen des VW-Werkes betroffenen Gebiete den Förderungsbeitrag auf 500 Million DM zu erhöhen, da der bisher zur Verfügung gestellte Betrag von 210 Millionen DM nach der bisher gewonnenen Übersicht eine nur sehr unvollkommene Hilfe für die betroffenen Regionen und die Menschen darstellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

26. **Abgeordneter Gallus (FDP)**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der EG-Kommission in Brüssel sich dafür einzusetzen, daß die Gewährung von Prämien bei der Aufgabe der Milchviehhaltung ohne Auflagen zur weiteren Mastviehhaltung erfolgt?

27. Abgeordneter **Kiep (CDU/CSU)**

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die in der Öffentlichkeit umstrittene Massengeflügelhaltung mit den Erfordernissen des Tierschutzgesetzes in Einklang zu bringen, und wann ist mit einer verbindlichen Regelung dieser Haltungsart zu rechnen, die sowohl die Aspekte des Tierschutzes als auch die Sicherstellung der menschlichen Ernährung ausgewogen berücksichtigt?

28. Abgeordneter **Kiep (CDU/CSU)**

Gibt es bereits jetzt nach dem derzeitigen Wissensstand abgesicherte verbindliche Grundsätze, die geeignet sind, als Mindestanforderungen nach den Bestimmungen des Tierschutzgesetzes bei dieser Haltungsform zu gelten, und in welcher Weise sollen solche Mindestanforderungen durchgesetzt werden?

29. Abgeordneter **Geldner (FDP)**

Welche Gesetze aus dem Bereich des ländlichen Bauwesens, der Tierhaltung, der Qualitätskontrollen u. a., die die Landwirtschaft ganz erheblich belasten, hat die Bundesregierung in letzter Zeit „mit einer unverständlichen Eile vorangetrieben, ohne die Erfordernisse der Landwirtschaft zu berücksichtigen", wie der Präsident des Deutschen Bauernverbandes laut vwd vom 23. April 1975 erklärt haben soll?

30. Abgeordneter **Geldner (FDP)**

Wie kann der Klage des Präsidenten von Heeremann seitens der Bundesregierung abgeholfen werden, daß im Gegensatz zu den strengen Vorschriften in Deutschland „verstärkt Importe auf den deutschen Markt" strömen, die in den Herkunftsländern einer weit geringeren Qualitätskontrolle unterworfen seien?

31. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß Frankreich die Einfuhr von Grassamen verboten hat, und daß sich damit der Druck auf den deutschen Grassamenmarkt aus Dänemark noch verstärkt hat, und welche Gegenmaßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet?

32. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche sogenannten Aufstallprämien für Rinder werden in den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft gezahlt, und wer bringt jeweils die Mittel auf?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

33. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Welche Kosten entstehen der Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr und in den folgenden Jahren auf Grund des Urteils des Bundessozialgerichts, wonach die Bundesanstalt für Arbeit auch Zuschüsse für die durch Unterbringung und Verpflegung entstehenden Kosten im Gefolge von Fortbildungsveranstaltungen zahlen muß, die vom Wohnort aus nicht erreicht werden können?

34. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)

Sind die Erhebungen der Bundesregierung abgeschlossen, die feststellen sollen, wieviel Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung gewähren?

35. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)

Wenn ja, wieviel Betriebe gewähren ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung?

36. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und des Hauptgeschäftsführers des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger, denen zufolge auf Grund der noch zu erwartenden Minderung der im letzten Anpassungsbericht noch unterstellten Überschüsse der Rentenversicherung um 3,8 Milliarden DM das für 1988 unterstellte Rücklagenvermögen um 7,6 Milliarden DM vermindern wird, so daß die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage in Höhe von drei Monatsausgaben nicht mehr gesichert sein wird und daß die Finanzlage der Rentenversicherungsanstalt Stundungen nicht mehr zulasse?

37. Abgeordneter **Flämig** (SPD)

Gelten die Bestimmungen für die Anwerbung und Einstellung von ausländischen Arbeitnehmern für die amerikanischen Militärbehörden ebenso wie für alle anderen Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland, und ist die Einstellung von Amerikanern mit Touristenvisum deshalb als Verstoß gegen das NATO-Truppenstatut zu werten?

38. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Erfahrungen sind der Bundesregierung über die Realisierung des § 28 des Schwerbehindertengesetzes bekannt, insbesondere über Schulungs- und Bildungsmaßnahmen der Hauptfürsorgestellen?

39. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die Dienststellen der Arbeitsverwaltung angewiesen worden sind, mit sofortiger Wirkung die Planung und Vorbereitung weiterer Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung einzustellen und keine weiteren Anerkennungsbescheide in dieser Frage mehr zu erteilen, sowie die Bearbeitung vorliegender Anträge auszusetzen?

40. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wieviel der zur Zeit von der Stadt Ansbach beantragten und noch nicht geförderten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung werden von eventuellen Kürzungen betroffen, oder kann die Stadt Ansbach davon ausgehen, daß entsprechend dem bisherigen Verfahren ihren Anträgen stattgegeben wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

41. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß durch die Einberufung von selbständigen Landwirten, deren Bemühungen um die Heranziehung geeigneter Ersatzkräfte erfolglos geblieben sind, es vielfach zu Härtefällen dahin gehend kommt, daß eine Gefährdung der Weiterführung des Betriebs nach Beendigung des Grundwehrdienstes wegen der nicht durchzuführenden Umstellung des Betriebs auf Grünland erfolgt und damit die Existenz des Wehrpflichtigen in seinem Beruf für die Zukunft in Frage gestellt wird?

42. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Erwägt die Bundesregierung neben der in den meisten Fällen nicht ausreichenden Regelung einer Ableistung des Wehrdienstes in getrennten Zeitabschnitten bzw. einer Ableistung des Wehrdienstes in Heimatnähe die grundsätzliche Unabkömmlichkeitsstellung des Wehrpflichtigen bei Vorliegen eines entsprechenden Gutachtens der Landwirtschaftskammer?

43. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß die Lärmschutzzonen nach dem Fluglärmgesetz für die Flugplätze der RAF in Wildenrath und Brüggen/Elmpt wegen der Schwierigkeit der Datenherstellung für den in Wildenrath stationierten britischen Senkrechtstarter „Harrier" noch immer nicht errechnet werden konnten und daher die Bevölkerung, die unter der Lärmentwicklung dieses im Flugverhalten atypischen Geräts unvergleichbar stark zu leiden hat, auch noch besonders lange auf die Zuwendungen für Schallschutzmaßnahmen nach dem Fluglärmgesetz warten muß?

44. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Bis wann spätestens werden die zuständigen deutschen Stellen die Daten für die Flugplätze und die Flugzeuge nach nunmehr fast zweijährigen Untersuchungen soweit hergerichtet haben, daß die Unterlagen zur Errechnung der Lärmschutzzonen weitergegeben werden können?

45. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Ist es zutreffend, daß die Monatszeitschrift „LOYAL — das kritische Wehrmagazin" aus Bundesmitteln sowohl unmittelbar als auch mittelbar (über Pflicht- und Pauschalabonnements) finanziert wird?

46. Abgeordneter **Dr. Becker (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in Mönchengladbach mit einem Kostenaufwand von 4,5 Millionen DM eine zentrale Großwäscherei als Regiebetrieb für die Britische Rheinarmee gebaut werden soll, obwohl die deutschen gewerblichen Wäschereien auf Grund reichlicher und moderner Kapazitäten den Bedarf der britischen Streitkräfte voll befriedigen könnten?

47. Abgeordneter **Dr. Becker (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Bündnispartner von einem solchen Vorhaben, das den erklärten Zielen der deutschen Mitttelstandspolitik entgegensteht, abzubringen, da zu befürchten ist, daß der Bau einer britischen Zentralwäscherei nicht nur die seit Jahren für den Armeebedarf tätigen Wäschereibetriebe in ihrer Existenz bedrohen und die in diesen Betrieben tätigen Arbeitnehmer um ihre Arbeitsplätze bringen würde?

48. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung vergleichbare Fälle bekannt, in denen eine weitere UK-Stellung eines Wehrpflichtigen des Jahrganges 1948 durch das zuständige Kreiswehrersatzamt mit der Begründung der Wehrgerechtigkeit abgelehnt wird, obwohl bekannt ist, daß sich durch die Einberufung dieses Wehrpflichtigen bei dem betroffenen Gymnasium für 13 Mittelstufenklassen und 13 Oberstufenklassen der Ausfall an Physik — Unterrichtsstunden für das Schuljahr 1975/1976 auf 69% erhöht und der Mathematik — Unterricht für 24 Unter- und Mittelstufenklassen sowie für 13 Oberstufenklassen erheblich reduziert wird?

49. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Inwieweit hat die Durchsetzung der Einberufung eines Wehrpflichtigen, solange für ihn trotz intensiver Bemühungen beim Niedersächsischen Kultusministerium keine Ersatzkraft zu bekommen ist, Vorrang vor der Benachteiligung vieler Schülerinnen und Schüler des betreffenden Gymnasiums, die dadurch entsteht, daß sie durch den hohen Unterrichtsausfall keinen ordnungsgemäßen Unterricht erhalten und gegenüber anderen Abiturienten, insbesondere auch im Hinblick auf den numerus clausus erheblichen geistigen und materiellen Schaden zugefügt erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

50. Abgeordneter **Dr. Arnold** (CDU/CSU)
Sind die Bewerbungen für den Krankenpflegerberuf so zahlreich, daß die Ausbildungsplätze nicht ausreichen?

51. Abgeordneter **Peter** (SPD)
Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, von sich aus in bestimmtem Maße auf die Prioritäten bei den in den Ländern nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz geförderten Maßnahmen Einfluß zu nehmen und wenn ja, welche?

52. Abgeordneter **Peter** (SPD)
In welchem Umfang stellt der Bund dem Saarland für das Jahr 1975 Mittel zur Verfügung zur Finanzierung von Maßnahmen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, und für welche Einzelprojekte sollen dieselben nach Antrag des Landes, aufgeschlüsselt nach jeweiliger Höhe, verwendet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

53. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)
Wann beabsichtigt die Bundesregierung, mit dem Ausbau der B 490 zur Bundesautobahn im Raum der Stadtteile Salzgitter-Sauingen und Salzgitter-Ufingen zu beginnen, und in welchem Zeitraum wird dieses Vorhaben fertiggestellt sein?

54. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)
Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Verlegung der B 248 nördlicher Abschnitt zwischen dem Stadtteil Salzgitter-Barum bzw. zwischen der L 495 (Industriestraße Mitte) und der B 490 Anschlußstelle „Steterburger Spinne" zu beginnen, und in welchem Zeitraum wird dieses Vorhaben fertiggestellt sein?

55. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)
Treffen Meldungen zu, daß die Bundesregierung in naher Zukunft beabsichtigt, eine Vielzahl von Bundesbahnstrecken im öffentlichen Nahverkehr stillzulegen?

56. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)
Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß Einschränkungen bei Leistung und Service, Erhöhung der Tarife und Unterlassung notwendiger Modernisierungsmaßnahmen zur Abnahme der Nachfrage und damit zu Erlöseinbußen führen, und wie gedenkt die Bundesregierung, die durch Stillegung von Bahnlinien entstehende Versorgungslücke im öffentlichen Nahverkehr (auch der Verlader von Gütern) zu schließen und die bestehenden Verkehrsverbindungen zu sichern und zu verbessern?

57. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um das Wassersportfest auf der Elbe von Hitzacker bis Niedermarschacht am 31. Mai/1. Juni d. J. ohne Störungen, d. h. insbesondere ohne Interventionen der sogenannten Nationalen Volksarmee, ablaufen zu lassen?

58. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Gibt es einen amtlichen bayerischen Anpassungsvorschlag des Inhalts, die BAB 98 von Kempten nach Weitnau aus der ersten Dringlichkeitsstufe herauszunehmen?

59. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung der „Statistischen Erfassung von Fahrzeugbränden" im TÜV-Autoreport 1975, über die der „Stern" kürzlich berichtete, daß Mängel im Kraftstoffsystem (Tankdeckel, Kraftstoffleitungen) und im elektrischen Leitungssystem (Kunststoffverarbeitung) wesentliche Ursachen für Fahrzeugbrände sind, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

60. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Straßennamensschilder, die ab 1. Januar 1976 den Charakter von Verkehrszeichen erhalten, nicht mehr wie bisher aus Feueremaille hergestellt, sondern mit einer reflektierenden Schicht versehen werden sollen, und welche Gründe haben die Bundesregierung gegebenenfalls veranlaßt, von den bewährten Feueremailleschildern abzugehen?

61. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wird das Bundesverkehrsministerium in Anbetracht der Abgelegenheit der Strecke des Autobahnteilstückes Nenntmannsreuth—Unterbrücklein und der autobahnähnlichen B 505 von Unterbücklein bis Bamberg Notrufsäulen oder Notruftelefone in absehbarer Zeit errichten bzw. die jetzt errichtete Versuchsstrecke auf der B 505 — Autobahn Höchstadt bis Bamberg — erweitern bis Nenntmannsreuth, um Menschenleben zu retten?

62. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Einschränkungen des Schienenverkehrs hat die Deutsche Bundesbahn im Bereich der Bundesbahndirektion Frankfurt mit Einführung des Sommerfahrplans 1975 vorgenommen, und ist trotz dieser Einschränkungen eine ausreichende Verkehrsbedienung besonders des ländlichen Raumes gewährleistet?

63. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Mittel sind im Haushaltsjahr 1975 für den weiteren Ausbau der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen und der B 18 zwischen der bayerisch—baden-württembergischen Landesgrenze und Leutkirch—Tautenhofen vorgesehen?

64. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierugn die Auffassung, daß nur ein rascher zweibahniger Ausbau der B 30 und ein rascher Ausbau der B 18 unter Umgehung der Ortsdurchfahrten von Leutkirch und Altmannshofen die schwerwiegenden Nachteile ausgleichen kann, die dem südlichen Oberschwaben und dem württembergischen Allgäu durch die Einschränkungen im Personen- und Güterverkehr der Deutschen Bundesbahn erwachsen werden?

65. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, wonach jetzt die Trassenführung der B 42 im Raum Erpel — entgegen früheren Planungen — am Rheinufer entlang geführt werden soll?

66. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wann und in welchem Abschnitt ist damit zu rechnen, daß im Zuge des Ausbaus der B 8 zwischen Altenkirchen und Kircheib der Bau der vorgesehenen Kriechspuren in Angriff genommen wird?

67. Abgeordneter **Dr. Kreutzmann** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß man in der Stadt Frankenberg/Eder mit einem Kostenaufwand von 4½ Millionen DM ein neues Postamt errichtet hat, aber gleichzeitig einen Teil der dortigen Postbehörde, nämlich das Verwaltungspostamt, abzieht, so daß neu geschaffene Räume wieder leerstehen?

68. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Unter Bezugnahme auf die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Jung auf meine Fragen A 115 und 116 in der Fragestunde vom 15. Mai 1975 frage ich, welche die Belange der Öffentlichkeit nicht berührenden Verwaltungsaufgaben sollen im Zuge der beabsichtigten Neuordnung der Verwaltungsorganisation der Postämter dem Postamt Lahr im einzelnen entzogen werden, wie viele Arbeitsplätze werden dabei zu verlegen sein und bis wann beabsichtigt die Bundesregierung, hierüber zu entscheiden?

69. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welche Personaleinsparung erwartet die Bundesregierung von dieser Neuorganisation im Bereich des Postamtes Lahr konkret, oder welche sonstigen Anhaltspunkte hat die Bundesregierung dafür, daß die Übertragung von Verwaltungsaufgaben des Postamtes Lahr auf eine größere organisatorische Einheit tatsächlich zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Postverwaltungsdienstes führt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

70. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

In welchem Umfange wird eine Technologie-Folgenabschätzung bei den vom Forschungsministerium vergebenden Gutachten „Kosten-Nutzen-Untersuchung zur Weiterentwicklung des Hochtemperatur-Reaktors mit Heliumturbine im Direktkreislauf (HHT)" berücksichtigt, wer hat dieses Gutachten zu welchem Preis erhalten, und sind bei der Ausarbeitung des Gutachtens Firmen beteiligt, die direkt oder indirekt selbst wiederum am HHT-Programm mitwirken?

71. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

In welchem Umfange beabsichtigt die Bundesregierung, die Reaktor-Sicherheitsforschung und das atomrechtliche Genehmigungsverfahren innerhalb der Bundesregierung zu koordinieren, weil sich durch die jetzige Arbeitsteilung zwischen Forschungs- und Innenministerium erhebliche Schwierigkeiten bei der Koordinierung abgezeichnet haben?

72. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Forschungszuwendungen haben die folgenden Firmen Aral, Bosch, Daimler Benz, Krupp Essen, Motoren- und Turbinen-Union München, Klöckner Humboldt-Deutz, VFW-Focker Hochtemperatur-Reaktor GmbH, Veba, Datel und Standard-Elektrik-Lorenz, die in der Zeitschrift „Forschung für morgen", herausgegeben vom Neuen Vorwärts-Verlag, Bonn-Bad Godesberg, annonciert haben, in den letzten Jahren von seiten der Bundesregierung, insbesondere des Forschungsministeriums, erhalten?

73. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wieviel Kohle oder Öl müßte eingesetzt werden, um die gleiche Strommenge in einem Kraftwerk zu erzeugen, die von einem 1300 MW-Kernkraftwerk im Jahr bei 80% Auslastung produziert wird?

74. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Importausgaben für die in Frage 73 benötigten Ölmengen bei dem gegenwärtigen Preisniveau, und wie hoch sind vergleichsweise die jährlichen notwendigen Ausgaben für den Import von Natururan und angereichertem Uran zum Betrieb eines 1300 MW-Kernkraftwerks?

75. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Welche Kosten entstehen und welche Vorteile entgehen infolge der Verzögerung des Baus der Südsternwarte durch die Bundesregierung, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß wissenschaftliche Erwägungen den Ausschlag bei der zu prüfenden Entscheidung geben müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

76. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Was tut die Bundesregierung, um die Bildungsberatung und schulpsychologischen Dienste auszubauen und zu fördern, und in welcher Weise arbeiten die Berufsberatung der Arbeitsämter und die Bildungsberatung der Schulen zusammen?

Bonn, den 30. Mai 1975